

[Cottbus](#)

17. April 2012, 00:00 Uhr

Alte Stasi-Verwaltung in Cottbus steht vor dem Abriss

Cottbus Die Tage des Gebäudes im Cottbuser Norden, in dem einst die Stasi-Bezirksverwaltung untergebracht war, sind gezählt. Derzeit deutet einiges darauf hin, dass das Haus am Nordrand bald abgerissen wird.



Das Gelände am Nordrand: Hier sollen ein Nahversorgungszentrum und Eigenheime entstehen. Foto: Michael Helbig/mih1 Foto: Michael Helbig/mih1

"Wir haben drei Optionen untersucht: Nachnutzung, teilweiser Rückbau und Abriss", sagt Gerd Mielke von der Quattrohaus GmbH, die das Objekt für den Eigentümer verwaltet. Das Gebäude habe einige Vorzüge. So könnten durch die besondere Art der Konstruktion die Innenräume frei gestaltet werden. Wohnungen mit 140 bis 160 Quadratmeter Fläche seien denkbar. Auch über ein betreutes Wohnprojekt sei zwischenzeitlich einmal nachgedacht worden. Diese Pläne wurden aber wieder verworfen. "Derzeit geht die Tendenz in Richtung Abriss", sagt Gerd Mielke, der das 9000 Quadratmeter große Gebäude als "Riesenmonster" bezeichnet, das als störend wahrgenommen werde.

Sollte der Abriss vollzogen werden, dann wird dies laut Mielke schon sehr bald geschehen. Schließlich sollen auf dem angrenzenden Gelände rund 50 Eigenheime errichtet werden. Bevor die ersten neuen Häuser stehen, soll der Koloss davor verschwunden sein.

Derzeit laufen zwischen dem Investor und der Stadt die letzten Absprachen über einen Erschließungsvertrag. Die Cottbuser Stadtverordneten müssen außerdem noch einen Bebauungsplan auf den Weg bringen, ehe die Arbeiten auf dem Gelände beginnen können. Eine Entscheidung ist in der Stadtverordnetenversammlung am 25. April geplant.

Das Areal Am Nordrand mit einer Gesamtfläche von rund 55 000 Quadratmetern war auf Grund der Nutzung als Bezirkszentrale der Staatssicherheit bis zum Jahr 1990 als militärische Fläche dem kommunalen Planungsrecht entzogen. Mit der Aufgabe der militärischen Nutzung ist der Bestandsschutz des Gebäudes erloschen. Die Planungshoheit ist außerdem auf die Gemeinde übergegangen, informiert die Stadtverwaltung.